

METALL

ZEITUNG DER IG METALL FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Jahrgang II / Nr. 25

Frankfurt a. M., den 6. Dezember 1950

Auflage: 1.25 Millionen

Der Auftrag der Zweihunderttausend

Am 29. und 30. November haben die Arbeiter und Angestellten der westdeutschen eisen- und stahlerzeugenden Industrie durch Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, einer Aufforderung des Vorstandes der IG Metall zur Arbeitsniederlegung Folge zu leisten. 201 512 Arbeiter und Angestellte haben sich an dieser Urabstimmung beteiligt. Davon haben 193 183 mit „Ja“ geantwortet auf die Frage, ob sie bereit seien, dem Vorstand der IG Metall die Vollmacht zu erteilen, zu gegebener Zeit zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Das sind rund 96 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, die sich an der Urabstimmung beteiligten.

Diese Abstimmung stellt einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung dar; und sie kann ebenso große Bedeutung und Tragweite für die politische Entwicklung Westdeutschlands erlangen. Wenngleich diese Abstimmung noch keine endgültige Entscheidung darüber bedeutet, ob es tatsächlich zum Streik kommen wird, so war sie nichtsdestoweniger eine unmißverständliche und absolut ernstgemeinte letzte Warnung und die Bundesregierung im besonderen wird gut beraten sein, wenn sie diese Abstimmung so beurteilt.

Zwei unmittelbare Ziele stellen sich die Gewerkschaften in der eisenschaffenden Industrie: Das eine ist die Verteidigung der Rechte, die die Arbeiter und Angestellten in den entflochtenen Werken haben. Das zweite heißt: In allen Unternehmen, die dem Gesetz 27 unterliegen, müssen die Aufsichtsräte paritätisch besetzt werden und den Vorständen muß neben den technischen und kaufmännischen Direktoren jeweils ein Arbeitsdirektor angehören.

Daß darüber hinaus durch die Abstimmung auch der Kampf um die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in allen anderen Industrien einen starken Impuls erfährt — das zu befürchten haben die Unternehmer guten Grund. Denn alle gewerkschaftlichen Programme, Forderungen und theoretischen Begründungen zusammen vermögen kaum dieselbe Wirkung zu erzielen wie die in einfache Worte gefaßten Antworten der Hüttenarbeiter auf die an sie gestellten Fragen, warum sie für das Mitbestimmungsrecht seien: Weil sie mehr Rechte haben, weil sie endlich mitbestimmen können. Ja, deshalb sind sie bereit, dafür zu kämpfen und Opfer zu bringen, wenn man es ihnen entziehen will. Die Millionen Arbeiter und Angestellten der anderen Industrien erfahren so zum ersten Male von zweihunderttausend ihrer Arbeitskollegen, was das heißt, ein wirkliches Mitbestimmungsrecht zu haben. Und vielleicht hat auch mancher Arbeiter und Angestellte der eisenschaffenden Industrie selbst jetzt erst gründlicher darüber nachgedacht, was er eigentlich zu verlieren hat — jeder einzelne von ihnen persönlich —, wenn die Ausbeutung und Rechtlosigkeit von einst wiederkehren sollte. Sicher ist, daß viele der jüngeren Kollegen, die die Zeit der absoluten Herrschaft und Willkür der Herren von Rhein und Ruhr nicht persönlich kannten, in diesen Tagen von ihren älteren Kollegen darüber erfahren haben.

Wenn jemals das Wort, ein einziger Schritt lebendiger Bewegung sei mehr wert als ein Dutzend Programme, einen Sinn hatte, dann hier.

Die Presse der Regierungsparteien schreit Zetermordio über die Terrorisierung der Demokratie durch die Gewerkschaften. Die Bonner Gesetzgebungsarbeit würde durch sie unter Druck gesetzt werden. Natürlich wollen wir das, und wir werden alles tun, um die Bonner Gesetzgeber unter Druck zu setzen! Unter den Druck einer demokratischen Massenbewegung nämlich. Wäre den Schreibern des CDU-Pressedienstes der Prozeß demokratischer Willensbildung nicht so total fremd, dann wüßten sie, wie in einem Lande, in dem die Demokratie funktioniert und im Bewußtsein der gesamten Bevölkerung lebt, in den Vereinigten Staaten nämlich, wie in einem solchen Lande das Parlament und der Präsident und jeder einzelne Abgeordnete tagtäglich unter dem „Druck“ ihrer Wähler stehen. Und die amerikanischen Gewerkschaften sind nicht die letzten, die einen solchen Druck mit Tausenden von Briefen, mit Resolutionen, Demonstrationen — und Streiks ausüben. Sind sie darum antidemokratische Kräfte, und diejenigen etwa, die

Wir stehen vor der Wahl — entweder wir verzichten auf das, was uns am Herzen liegt, oder aber wir fassen alle Kraft zusammen und entschließen uns zu kämpfen für die Dinge, die uns ernsthaft angehen. Ich bin mir längst darüber klar, wir werden gezwungen sein, um sie zu kämpfen, weil wir jetzt, nachdem wir fünf Jahre stillgehalten haben, unseren Willen zeigen müssen. Was nutzt es, wenn wir uns abdrängen lassen auf das Gebiet der Sozialpolitik. Was wir da zu erwarten haben, sahen wir bereits in den letzten Tagen.

In den entflochtenen Betrieben haben wir seinerzeit die Gelegenheit wahrgenommen, den Einfluß der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat und durch den Arbeitsdirektor im Vorstand zu verankern. In den entflochtenen Betrieben hat man uns das Zugeständnis gemacht. Heute besteht die Gefahr, daß auch das beseitigt wird. Als ob sich nicht Gesetze ändern ließen, wenn es die Zeit erfordert. Aber wir wissen, was wir wollen. Wir wissen, was wir brauchen und wir müssen entschlossen sein, alles daranzusetzen. Wir sind entschlossen, es für den arbeitenden Menschen sicherzustellen.

Hans Böckler

eine solche demokratische Willensbildung unterdrücken wollen, „Demokraten“? Verliert der deutsche Wähler nach vollzogener Stimmabgabe etwa das Recht, seinen Abgeordneten zu fragen, wie er über das Mitbestimmungsrecht denkt und wie er sich dazu verhält? Hat der Wähler nicht das Recht, seinem Abgeordneten zu sagen, wie er stimmen soll? Nun, wenn Tausende von Wählern das tun, dann üben sie einen „Druck“ aus auf die Bonner Gesetzgeber? Und genau das wollen wir als Gewerkschaften und genau das wollten die zweihunderttausend Arbeiter und Angestellten der eisenschaffenden Industrie.

Was aber heißt es, wenn der Pressedienst der Partei des Bundeskanzlers schreibt: „Der Streik als Drohung gegen die Demokratie ist untragbar?“ Identifizieren sich etwa gewisse Minister mit „der Demokratie“? Oder identifiziert der CDU-Pressedienst die Rechte oder besser die Ansprüche der Altaktionäre der Hüttenwerke als „Demokratie“?

Wenn der „Streik untragbar“ ist, spielt man in gewissen Kreisen doch mit dem Gedanken, das Streikrecht abzuschaffen.

Gewisse persönliche Beziehungen des jetzigen Kabinetts zur Eisen- und Stahlindustrie (Fortsetzung auf Seite 7)

Die Gründe für die Urabstimmung

Von Walter Freitag

Am 25. November fand in Essen eine Konferenz statt, an der Betriebsräte und Arbeitsdirektoren der stahl- und eisenerzeugenden Industrie, Bezirksleiter und Bevollmächtigte der IG Metall teilnahmen. Diese Konferenz billigte einmütig den Beschluß des Vorstandes der IG Metall, in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie eine Urabstimmung durchzuführen und die dort Beschäftigten zu befragen, ob sie dem Vorstand die Vollmacht erteilen, zu gegebener Zeit Streikmaßnahmen zu treffen. Kollege Hans Brümmer leitete die Konferenz. Kollege Walter Freitag erstattete einen ausführlichen Bericht über die Lage in der stahl- und eisenerzeugenden Industrie. Nachstehend bringen wir aus seiner Rede einen längeren Auszug zum Abdruck:

Umstände, die uns hier zusammenführten, sind sehr ernste. Und der Augenblick ist ernster als irgendein anderer Abschnitt in der Geschichte unserer Organisation. Wir befinden uns an einem Wendepunkt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Wir sehen uns heute veranlaßt, zu einer Reihe von Dingen Stellung zu nehmen und Entscheidungen zu treffen, die von ungeheurer Bedeutung für die Gewerkschaften und im besonderen für die beteiligten Belegschaften sind.

Die Hüttenarbeiter waren schon immer die Gruppe, welche in jedem Krieg und

ebenso nach jedem Krieg in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerät. Zum Kriegführenden gehören in erster Linie Eisen und Stahl. Man braucht die Hüttenarbeiter: Sie sollen helfen, den Sieg zu erringen. Ist der Krieg vorbei, dann geht die Diskussion darüber los, in welchem Maße die Industrie eingeschränkt werden kann oder muß. So war es nach dem ersten und so haben wir es auch nach diesem Krieg wieder erlebt. Alle Lasten fallen auf die Hüttenarbeiter. Wenn die Hüttenarbeiter nach dem Krieg nicht bereit gewesen wären, ihre ganze Arbeitskraft restlos einzusetzen und mehr noch zu tun, als man überhaupt von ihnen erwarten konnte — ich erinnere hier nur an die Ernährungsverhältnisse, die damals bestanden —, dann hätten wir heute keine blühende Eisen- und Stahlindustrie. Wir danken sie ihren Opfern...

Damals waren jene Herrschaften, die einst einmal an Rhein und Ruhr das große Wort geführt hatten — und die es heute wieder führen möchten —, noch nicht wieder da. Dagegen haben Gewerkschaften und Belegschaften Gewaltiges geleistet für den Aufbau unserer Eisen- und Stahlindustrie. Oder glaubt etwa jemand, die Frage der Demontage und der deutschen Stahlquote wäre so gelöst worden, wie sie heute gelöst ist, wenn wir nicht als gewerkschaftliche Organisation unsere ganze Kraft eingesetzt hätten und wenn wir dabei nicht auch die Unterstützung ausländischer Bruderorganisationen, wie z. B. der amerikanischen Gewerkschaften, gehabt hätten?

Gemäß dem Versprechen, das der britische Außenminister gab, haben die Engländer die Produktionsstätten von Kohle, Stahl und Eisen beschlagnahmt und versucht, vor allem für Stahl und Eisen eine Neuordnung zu schaffen. Wir haben von den Besatzungsmächten — zunächst von den Engländern und Amerikanern — das Gesetz 75 bekommen, das die Neuordnung vorbereiten sollte. Das Gesetz war einige Zeit in Kraft. Zu einer wirklichen Neuordnung kam es jedoch nicht, weil sich anscheinend die beiden Regierungen nicht klar über die Anwendung des Gesetzes waren. Die Schwierigkeiten wurden noch größer, als auch die Franzosen hier ihr Wort mitzu-

reden hatten. An Stelle des Gesetzes 75 trat ein neues Gesetz, nämlich das Gesetz 27, das für alle drei Besatzungszonen gilt. Wenngleich auch im neuen Gesetz theoretisch das Recht des deutschen Volkes zur endgültigen Entscheidung über das Eigentum der Eisen- und Kohlenindustrien erhalten blieb, so enthält doch das neue Gesetz Bestimmungen, nach denen eine weitgehende Entschädigung der Gläubiger und alten Eigentümer vorgesehen ist. Es soll den alten Besitzern von Aktien der Hüttenwerke die Möglichkeit geben, ihre alten Aktien umzutauschen für Aktien der neuen Gesellschaft. Wenn man so die Eigentumsverhältnisse regeln will, dann ist das doch zweifellos nicht nur nach unserem Empfinden, sondern ebenso nach dem Empfinden von Millionen des Guten etwas zuviel.

Wir haben immer erklärt, daß wir keine entschädigungslose Enteignung der alten Besitzer verlangen. Wir sind dafür, daß Entschädigungen gewährt werden, aber eben nur solche Entschädigungen, die im Rahmen des Möglichen liegen. Ich will zugeben, daß jemand, der Aktien von Kohlengruben oder Hüttenwerken besaß, auf diese Weise einigen Schaden erleiden kann. Aber gibt es nicht viele Menschen in Deutschland, die durch den Krieg und seine Folgen ganz erheblichen Schaden erlitten haben und ist bisher denn ernstlich etwas getan worden, um ihnen den erlittenen Schaden zu vergüten? Ich verweise hier nur auf die Flüchtlinge, die Kriegsbeschädigten und auf die große Masse derer, die in Not und Elend leben. Wir sprechen es darum mit aller Deutlichkeit aus:

Wenn die Altbesitzer der Eisen- und Stahlindustrie entschädigt werden sollen, dann kann es nur in dem Maße geschehen, in dem alle anderen Notleidenden in Deutschland auch entschädigt werden. Dazu sind wir bereit. Aber zu nichts anderem, weil das ein schwerer Schlag gegen jede Gerechtigkeit wäre!

Kollege Freitag erinnert sodann an die Versuche, die da und dort gemacht werden, die Betriebsräte für die Interessen des Unternehmertums einzuspannen und sagte: „Ich möchte unsere Kollegen dringend bitten, alle derartige Versuche entschieden zurückzuweisen. Ich weiß, was gespielt wird. Die ganzen Versuche, die da gemacht werden, laufen darauf hinaus, die alten Konzerne wieder erstehen zu lassen. Es mag in mancher Hinsicht wirtschaftlich vernünftig sein, wenn einiges zusammenkommt. Ob aber unsere Betriebsräte die Aufgabe haben, dazu Hülfsstellung zu

(Fortsetzung auf Seite 7)



Kundgebung vor der Urabstimmung auf dem Werkplatz der Westfalenhütte